

Heckweg darf jetzt abgebaggert werden

Streitpunkt Rat beschließt Satzungsänderung

Von unserem Redakteur
Frieder Bluhm

■ **Leimersdorf.** Der Rat hat am Donnerstag den Weg frei gemacht zum Einziehen des Heckweges durch die Tonwerke Leimersdorf. Er darf jetzt abgebaggert werden. Im Gegenzug verpflichten sich die Tonwerke, neben der Befestigung gewisser Wirtschaftswege entlang der L79 zwischen Leimerdorf und Niederich einen Fuß- und Radweg anzulegen. Der Heckweg soll nach

der Ausbeutung der Tonvorkommen wiederhergestellt werden und im Eigentum der Gemeinde bleiben. Bereits im November 2010 hatte der Hauptausschuss diesen Deal einstimmig gebilligt. Nach der eigentumsrechtlichen Übertragung musste nun noch die Nutzung des Weges aufgehoben werden.

Einig war sich der Rat diesmal nicht. Günther Armbruster (CDU) erinnerte daran, dass der Gemeinde im April dieses Jahres vom Rechtsanwalt der Betreiberfirma unmiss-

verständlich klar gemacht worden sei, dass die Leimersdorfer Tonwerke die vom Rat geforderten Auflagen auf keinen Fall akzeptieren können. „Für uns alle ist es emotional schwer, diesen Beschluss zu fassen“, sagte Armbruster. „Viel zu oft hat uns die Betreiberfirma hinters Licht geführt.“ Doch man wolle nicht vertragsbrüchig werden und Schadenersatzansprüche vermeiden. Bei Ablehnung der Satzung könne die Gemeinde sogar gerichtlich gezwungen werden, die Wege einzuziehen.

Solange nicht die überfällige Abdichtung des Südfeldes erfolge,

solange keine Zugeständnisse: Diese Position vertrat Udo Klein für die SPD-Fraktion. Dies sei eine Grundposition der SPD und nicht verhandelbar. Noch vor ein paar Monaten habe man die Aktiven Graftschafter vollmundig unterstützt in ihrer Haltung gegen den Tongrubenbetreiber. Ob man das jetzt für ein paar Meter Radweg aufgeben wolle? „Wir müssten den Radweg teuer bezahlen – mit der Glaubwürdigkeit unserer Politik“, sagte Klein. Schadenersatzansprüche solle man riskieren, „weil wir damit vielen Menschen helfen“, ergänzte Lothar Barth (FWG), und

Christina Steinheuer (FDP) mahnte die Rolle der Volksvertreter an, die dem Wohle des Volkes verpflichtet seien: „Wollen wir die Leute jetzt im Regen stehen lassen?“ Den „Mut und die Visionen“ einiger Bewohner der Graftschaft, gegen den Strom zu schwimmen, wollte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen belohnen. Einzig Wilfried Klein, Ortsvorsteher von Leimersdorf, warf den Vorrednern Populismus vor. Ein sicherer Fuß- und Radweg an der L79 sei überfällig. Hauptsächlich mit den Stimmen der Christdemokraten wurde die Satzungsänderung beschlossen.